

Texte der kritischen linken zur Senatswahl im Januar 2012
www.kritischelinke.de

Bildung ist auch nicht mehr das, was sie nie war — Und das auch ohne dass Rheinland-Pfalz Moneten fürs Studium sehen will. Eher ökonomisches Kalkül und der Gedanke an den Fachkräftemangel als die soziale Ungerechtigkeit von Studiengebühren dürften dafür gesorgt haben, von diesen Abstand zu nehmen.

Auch ohne die Bildung, wie wir sie an der Uni täglich genießen dürfen, genau zu analysieren, muss mensch feststellen, dass diese mit Reflexion und eigener Erkenntnis eher wenig zu tun hat. Tatsächlich reicht es, ein paar Politiker_Innen zuhören, wenn sie unisono von Bildung als „einer lebenswichtigen Investition in die Zukunft“(hier Annette Schavan) sprechen.

Bildung ist nicht im Sinne der Aufklärung als Erforschung und Abschaffung von Problemen, sie wird von vielen nicht einmal mehr als technokratische Wissensanhäufung begriffen. Bildung ist heute vor allem eines: Die Optimierung der eigenen Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt.

Dies alles aber nicht kulturpessimistisch zu verdammen, sondern als Ganzes theoretisch zu durchdringen und praktisch umzuwerfen, ist unser Ziel. Und natürlich im Senat das Schlimmste zu verhindern. Trotzdem behalten wir es uns vor, konstruktiv auf den Senat einzuwirken.

Trotzdem: kritische linke wählen.

warum wählen? — „Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie verboten“ (Rosa Luxemburg)

Wahlen ändern eben nichts an den nationalstaatlichen und kapitalistischen Bedingungen, in deren Rahmen die Gewählten dann Entscheidungen treffen können. Dies gilt auch für die anstehenden Senatswahlen.

Der Senat ist das wichtigste beschlussfassende Organ der Universität. Er nimmt alle Angelegenheiten wahr, die die gesamte Hochschule angehen, wie z.B. die Einrichtungen von Studiengängen oder die Organisation wissenschaftlicher Einrichtungen (Institute).

Außerdem genehmigt er die Beschlüsse der Fachbereichsräte wie Berufungen von Professor_Innen, Studienordnungen sowie den jährlichen Haushalt. Weiterhin beschließt der Senat auch die Grundordnung und legt Zulassungsbeschränkungen fest.

Direkten Einfluss auf Entscheidungen in der Universität haben Studierende nur durch die studentischen Vertreter_Innen im Senat, die dort aber nur eine kleine Minderheit gegenüber den Professor_Innen bilden.

Daher können wir zwar nicht das bestehende universitäre System stürzen, dafür aber Entscheidungen transparent machen, kritisieren, uns einmischen und rumpöbeln.

Deshalb: kritische linke wählen.

Das Patriarchat zum Heulen bringen — Obwohl heutzutage von Politik und Medien suggeriert wird, dass Frauen bereits gleichberechtigt seien und die Emanzipation abgeschlossen sei, ist die Wirklichkeit leider eine andere. Frauen sind täglich sexistischen Äußerungen bis hin zu Übergriffen ausgesetzt, sei es in der Werbung, beim Feiern oder auf dem Weg zur Uni. Zudem stehen Frauen immer noch schlechter da, wenn es um Berufsaussichten oder gleichen Verdienst bei gleicher Arbeit geht. Auch an der Hochschule ist dies nicht anders: Zwar sind inzwischen über die Hälfte der Studierenden weiblich, bei Promotionen sinkt dieser Anteil jedoch beträchtlich und von den Mainzer Professor_Innen sind nur 19% Frauen. Wir befürworten den Mainzer „Rahmenplan zur Frauenförderung“ – dennoch meinen wir, dass der wichtigste Schritt zur Gleichheit nicht die Karriereförderung einiger weniger ist.

Die Phänomene der Diskriminierung basieren auf Geschlechterkonstruktionen, die zwei biologische Geschlechter voraussetzen und ihnen jeweils klar definierte Rollen und Eigenschaften zuschreiben. Benachteiligungen von Frauen sind strukturell bedingt, weswegen genau diese gesellschaftlichen Strukturen geändert werden müssen. Konstruierte Unterschiede wie die geschlechtliche Ungleichheit, aber auch Hautfarbe oder Religion dürfen und sollen keine Rolle spielen, dürfen

Menschen nicht determinieren und einengen.

Wie schon Ton, Steine, Scherben empfahlen: „Macht kaputt, was euch kaputt macht!“ – dem Patriarchat aufs Maul.

Deshalb: kritische linke wählen.

Exzellenz? — Die Universität beschloss im vergangenen Jahr, ihr Glück bei der Exzellenzinitiative zu versuchen um ein Stück vom Kuchen der Drittmittelvergabe abzubekommen. Unabhängig vom Erfolg oder Misserfolg findet jedoch eine Umgestaltung der Universität sowohl organisatorischer wie auch baulicher Art statt.

So werden Entscheidungsstrukturen gestrafft, die zentralen Dekanate gestärkt und eine neue Führungskultur beschworen. Die neue Form der Partizipation besteht darin, dass alle ihren Input zum Wohle der Universität bereitstellen sollen, die Entscheidungen jedoch verstärkt zentral getroffen werden. Zum Lob gibt es statt einer Verbesserung der prekären Arbeitsbedingungen eine identitätsstiftende Anstecknadel im neuen Corporate Design.

Zusätzlich verändert sich auch das Bild auf dem Campus. Es entstehen Neubauten in den exzellenten Bereichen, es werden mithilfe privater Mittel Forschungseinrichtungen gebaut, es entsteht ein neues Medienhaus für die Medienwissenschaften von Uni und FH. Gerade am Beispiel des Medienhauses zeigt sich jedoch die Kehrseite. So muss hierfür das Inter I, das letzte günstige Wohnheim geschlossen werden, ohne dass adäquater Ersatz geschaffen wurde und weiterhin sind das Haus Mainusch sowie der angrenzende Bauwagenplatz akut bedroht.

Wir setzen uns dafür ein, dass Freiräume und alternative Lebensformen weiterhin einen Platz an dieser Universität haben. Für eine Kritik der Uni und der Verteidigung der letzten Freiräume.

Militarisierung der Hochschule stoppen: Zivilklausel jetzt! —

Gerade ging das Jahr 2011 und es sieht aus, als ob Deutschland seinen dritten Platz beim weltweiten Rüstungsexport verteidigen konnte. Damit das weiter so bleibt und künftige Kriege auch selbst bestritten werden können, investieren Bundeswehr, Verteidigungsministerium sowie Rüstungsfirmen verstärkt in Hochschulforschung. Im Fokus stehen sowohl die Entwicklung von Rüstungsgütern als auch Methodenentwicklung für die Akzeptanzerhöhung einer militarisierten Gesellschaft. 2010 stellte alleine das Verteidigungsministerium 1,1 Mrd. Euro für militärische Forschung zur Verfügung.

Doch es regt sich Widerstand gegen die zunehmende Militarisierung. So gibt es eine bundesweite Kampagne für die Aufnahme einer Zivilklausel in die Grundordnung der Universitäten. Eine entsprechende Klausel würde die militärische Forschung verbieten und entsprechende Einschränkungen bei der Drittmittelakquise einfordern. Zivilklauseln gibt es unter anderem in Berlin, Dortmund sowie Köln und Bremen und sie sind auch immer wieder Angriffen von Rüstungsfirmen sowie der Politik ausgesetzt.

In Mainz existiert vor allem wehrmedizinische Forschung, jedoch sind weitere Forschungsfelder gerade im sozial- und kulturwissenschaftlichen Bereich denkbar. Wir sind gegen jede universitäre Kooperation mit Verteidigungsunternehmen und Rüstungsunternehmen.

Für eine Zivilklausel in der Grundordnung der Universität.